

Schweizer bleiben – oder EU-Europäer werden?

Unsere Volksinitiative, am 21. Januar 1994 erfolgreich eingereicht, ist nach dem Nein zum EWR vom 6. Dezember 1992 noch wichtiger geworden. Sie ist das einzige konkrete politische Druckmittel, mit dem die EU-Befürworterkreise (die selbst nach dem klaren EWR-Nein nicht von ihrem EU-Kurs abrücken wollen) gestoppt werden können.

Die Initiative verlangt, dass man die eingeleiteten Verhandlungen vorerst abbricht und erst wieder aufnimmt, wenn Volk und Stände der Regierung dazu einen Auftrag erteilen. Bei Annahme dieser Initiative hätten wir also eine weitere Hürde/eine Bremse für die EU-Befürworter, ohne dass irgendeine Option definitiv verbaut würde. Die Einreichung des EU-Beitrittsgesuchs ist eindeutig verfassungswidrig! Denn nach der Bundesverfassung hat die Regierung die Unabhängigkeit der Schweiz zu bewahren.

Der EU-Entscheid hat für die Zukunft unseres Landes derart grosse Auswirkungen, dass ein solcher Schritt niemals vom Bundesrat eigenmächtig in einem Schnellschuss am Volk vorbei eingeleitet werden darf.

Wie Umfragen zeigten waren die Hauptmotive für das Nein zum EWR:

- Der Wille, die Schweiz als unabhängiges, selbstbestimmtes und freies Land zu erhalten.
- Unsere Volksrechte (direkte Demokratie) dürfen niemals eingeschränkt oder preisgegeben werden. Die demokratische Mitsprache des Volkes ist ein unverzichtbarer Teil unserer politischen Kultur.
- Das Nein zum EWR war auch ein Nein zu einer weiteren unkontrollierten Einwanderung in unser kleines, bereits stark bevölkertes Land, wo bereits jeder fünfte Einwohner ein Ausländer ist.

Alle diese Gründe gegen den EWR sprechen in gleichem oder noch stärkerem Masse auch gegen den EU-Beitritt!

Der Bundesrat will – trotz einer breiten Ablehnung des Volkes gegenüber einem EU-Beitritt – das Gesuch um EU-Beitrittsverhandlungen nicht zurückziehen.

Jetzt erst recht!

Unsere Initiative wird zwei wichtige, konkrete politische Folgen haben:

- 1. Wir verhindern, dass Medien und Bundesrat (wiederum mit Steuergeldern) jahrelang eine einseitige Pro-EU-Propaganda mit hohlen Schlagworten auf das Volk prasseln lassen können. Diesbezüglich haben wir vor der EWR-Abstimmung ja einen zünftigen Vorgeschmack bekommen, was uns da erwarten kann.**

2. Dank unserer Initiative würde frühzeitig die schicksalshafte EU-Frage dem Volk vorgelegt. Auf dem Weg in die EU stünden dann zwei Hürden (zwei Volksabstimmungen) statt nur einer, was eine Absicherung bedeutet. Angesichts der weitreichenden Folgen eines solchen Entscheids wäre dies sicher kein Luxus.

Was ist die EU?

Sie ist ein riesiges, bürokratisches und undemokratisches Gebilde, das aus den verschiedensten Völkern einen Eintopf machen will. Die EU huldigt dem blinden Wachstum und dem sinnlosen grossflächigen Gütertausch (z.B. Tomaten aus Sizilien nach Hamburg, mehr Verkehr). Es sind vor allem mächtige Interessenkreise, ein Teil der Politiker und die Medien, welche die EU propagieren. Die Bürger aber sagen je länger je mehr Nein zu diesem Koloss.

Wem dient die EU?

Den Grossen, die in einem riesigen Wirtschaftsraum noch mehr Profit machen wollen. Politisch geben vor allem Deutschland und Frankreich den Ton an. Insbesondere Kohl und Chirac liebäugeln mit einer Grossmachtspolitik. Der Einfluss der kleinen Schweiz wäre minim.

Die Verlierer bei einem EU-Beitritt:

- die Mieter
- die Arbeitnehmer
- die Bauern
- das Kleingewerbe und die Kleinindustrie
- die wachen Bürger, die mittels der direkten Demokratie mitreden wollen

Die Erfahrung der Geschichte zeigt (ehemaliger Ostblock): Je grösser ein Gebilde, desto weniger kann der Einzelne noch konkret Einfluss auf die Politik nehmen.

Was kostet die EU?

Mit der Schweiz hätte die EU wohl einen guten Zahler als Melkkuh: **5 Mia. Steuerfranken jährlich** müssten wir nach Schätzungen von Wirtschaftsexperten nach Brüssel abliefern.

Man will uns weismachen, «früher oder später müssten wir einfach in die EU». Weshalb denn? Die Schweiz ist als unabhängiges, selbständiges und wirtschaftlich starkes Land überlebensfähig. Dies ist kein «Einigeln», auch so können wir weiterhin weltoffen und modern sein. Und bald sind wir nicht mehr die einzigen in Europa, die den überrissenen Vereinheitlichungsplänen der Eurobürokraten entgegentreten. Die knappen Abstimmungsergebnisse in Schweden und Finnland und insbesondere der «Euro-Frust» in Österreich lassen tief blicken.

Wir wollen ein Europa von offenen, aber souveränen, sich gegenseitig respektierenden Ländern.

Stoppt den Bundesrat - handelt jetzt - für eine freie Schweiz!